



Sozialausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 7. Februar 2020
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1171
Fax (0431) 988 610 1180
Sozialausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die 43. Sitzung des **Sozialausschusses**

am Donnerstag, dem 6. Februar 2020, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. a) **Bericht der Landesregierung zum Sachstand anlässlich des Coronavirus**
Antrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

- b) **Bericht der Landesregierung zu den aktuellen Influenzazahlen**
Antrag der Fraktion der SPD

Der Ausschuss nahm Berichte der Landesregierung zum Sachstand anlässlich des Coronavirus und zu den aktuellen Influenzazahlen in Schleswig-Holstein entgegen. Hieran schloss sich eine Aussprache an.

2. **Rahmenbedingungen für Freiwilligendienste verbessern**
Antrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/885 (neu)

Die Ausschussmitglieder setzten ihre Beratungen zum Antrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD, Drucksache 19/885 (neu), zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Freiwilligendienste fort und nahmen Informationen zu dazu vorliegenden Fragestellungen (Umdruck 19/3489) aus den verschiedenen Ressorts der Landesregierung entgegen.

3. **Bericht der Landesregierung über den aktuellen Sachstand zum Jugendhilfe-Rahmenvertrag und über die Auswirkungen auf die Jugendhilfe**
Antrag der Abg. Birte Pauls (SPD)
Umdruck 19/3525

Nach der Entgegennahme des Berichts der Landesregierung über den aktuellen Sachstand zum Jugendhilfe-Rahmenvertrag und über die Auswirkungen auf die Jugendhilfe auf Antrag der Abg. Pauls, Umdruck 19/3525, führte der Ausschuss eine Aussprache dazu durch. Die Ausschussmitglieder beschlossen auf Antrag der Fraktion der SPD, in einer ihrer nächsten Sitzungen zu dem Thema Vertreter der kommunalen Landesverbände einzuladen, um mit ihnen über den Stand der Verhandlungen zum Rahmenvertrag und die Perspektiven für einen Landesrahmenvertrag in Schleswig-Holstein zu sprechen.

4. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens**

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1701

b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1703

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Umdruck 19/3306

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zu den Vorlagen ab. In der abschließenden Abstimmung empfahl er mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und SSW dem Landtag, den Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/1701, abzulehnen.

Zum Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1703, zur Änderung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens, zogen die regierungstragenden Fraktionen ihren Änderungsantrag im Umdruck 19/3158 vor dem Hintergrund des neuen von ihnen vorgelegten Änderungsantrags im Umdruck 19/3306 zurück.

In der anschließenden Abstimmung wurde der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, Umdruck 19/3306, mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD bei Enthaltung von SPD und SSW angenommen. Der Ausschuss empfahl mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD bei Enthaltung von SPD und SSW dem Landtag, den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1703, in der so geänderten Fassung anzunehmen.

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1612

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Umdruck 19/3425

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung zu der Vorlage und bat die Fraktionen, innerhalb von 14 Tagen ihre Anzuhörenden gegenüber der Geschäftsführung des Ausschusses zu benennen.

6. **Beschäftigungssituation von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen verbessern**

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1506

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Umdruck 19/3426

Nach mehrheitlicher Ablehnung des Verfahrensantrags von SPD und SSW, zusätzlich zu der schriftlichen Anhörung noch eine mündliche Anhörung zu den Vorlagen durchzuführen, schloss der Ausschuss seine Beratungen ab.

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und SSW empfahl er dem Landtag die Ablehnung des Antrags der

Abgeordneten des SSW zur Beschäftigungssituation von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen verbessern, Drucksache 19/1506.

Er empfahl außerdem dem Landtag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und SSW, den in Umdruck 19/3426 enthaltenen Antrag zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

7. Arbeits- und Gesundheitsschutz in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1756

Einstimmig beschlossen die Mitglieder des Ausschusses zur Antwort der Landesregierung die Durchführung einer schriftlichen und im Anschluss daran einer mündlichen Anhörung. Die Fraktionen wurden gebeten, ihre Anzuhörenden innerhalb von 14 Tagen gegenüber der Geschäftsführung des Ausschusses zu benennen.

8. Kurzzeitpflege in Schleswig-Holstein bedarfsgerecht sicherstellen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1917

Rahmenbedingungen für die Kurzzeitpflege endlich verbessern

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1951

Der Ausschuss nahm einen Bericht der Landesregierung zur Sach- und Rechtslage der Rahmenbedingungen der Kurzzeitpflege in Schleswig-Holstein entgegen. Die Ausschussmitglieder beschlossen einstimmig, zu den Vorlagen eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Auch hierzu sollen die Anzuhörenden von den Fraktionen innerhalb von 14 Tagen gegenüber der Geschäftsführung benannt werden.

9. Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Vereinigung der Pflegekräfte in Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1914

Der Ausschuss vertagte seine Beratungen zu dieser Vorlage.

10. Entwurf eines Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung von Menschen mit Hilfebedarf infolge psychischer Störungen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/1901

Einstimmig beschloss der Ausschuss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung und bat die Fraktionen, ihre Anzuhörenden innerhalb von 14 Tagen gegenüber der Geschäftsführung des Ausschusses zu benennen.

11. Verschiedenes

Als Termin für das vom Sozialministerium und Sozialausschuss ausgerichtete Symposium zum Leid und Unrecht in Einrichtungen der Behindertenhilfe, der Kinder- und Jugendpsychiatrie und der Kinder- und Jugendhilfe des Landtags wurde der 23. Oktober 2020 bestätigt.

Schluss: 16:00 Uhr

gez. Dörte Schönfelder